

Wohnungsmangel verschlimmert sich

Branchenvertreter fordern ein Sondervermögen von 50 Milliarden Euro, um die Krise zu bekämpfen

Berlin – Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt werden sich nach Einschätzung von Branchenverbänden in diesem Jahr weiter verschärfen. Insgesamt werde es 2023 etwa 700 000 Wohnungen zu wenig geben, sagte ein Bündnis aus Mieterbund, Bauwerkschaft und Sozialverbänden am Donnerstag in Berlin. Um einen Kollaps auf dem Mietmarkt abzuwenden, brauche es drastische Maßnahmen: Das Bündnis forderte ein Sondervermögen zur Förderung des Wohnungsbaus – ähnlich dem Sondervermögen für die bessere Ausstattung der Bundeswehr. Damit keine Krise eintritt, benötige man 50 Milliarden Euro. Die Lage sei dramatisch.

Der Wohnungsmangel sei dabei vor allem ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum, sagte Mieterbund-Chef Lukas Siebenkotten. Gerade für Menschen, die wenig Geld zur Verfügung hätten, sei es schwierig bis unmöglich, am Wohnungsmarkt passende Angebote zu finden. Als besonders prekär schätzte das Bündnis die Lage bei Sozialwohnungen ein: Etwa elf Millionen Mieterhaushalte hätten in Deutschland eigentlich Anrecht auf geförderte Wohnungen – allerdings gebe es nur noch etwa 1,1 Millionen Sozialwohnungen.

Um den Mangel zu beheben, müssten dem Bündnis zufolge jährlich etwa 400 000 Wohnungen neu gebaut werden, darunter 100 000 Sozialwohnungen. Das entspricht eigentlich den Plänen der Bundesregierung – allerdings verfehlte die im vergangenen Jahr dieses Ziel deutlich. 2022 sollen nach Branchenschätzungen nur etwa 250 000 Wohnungen neu gebaut worden sein.

Um den Neubau anzukurbeln, fordert das Bündnis auch eine Absenkung der Mehrwertsteuer für den sozialen Wohnungsbau von 19 auf sieben Prozent. Zudem müsse es möglich werden, günstiger zu bauen: Wegen zahlreicher Umweltauflagen sei es schwer, Wohnraum zu schaffen, der kostendeckend für weniger als 23 Euro pro Quadratmeter vermietet werden könne. Diese Mieten könnten Normalverdiener einfach nicht bezahlen. **Angelika Slavik**